

Resolution anlässlich des 25.11.2024- Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Seit 1981 werden jährlich am 25.11. Veranstaltungen und Aktionen organisiert, um auf die Bekämpfung von Diskriminierung und jeglicher Gewalt gegenüber Frauen aufmerksam zu machen.

Noch immer ist das notwendig, denn jede dritte Frau wird in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexualisierter Gewalt. Jeden dritten Tag wird eine Frau von ihrem Ex- oder Partner getötet. Die Zahlen sind bekannt und sie bleiben seit Jahrzehnten zu hoch. Ganz zu schweigen von der Dunkelziffer, die nach Schätzungen deutlich höher liegt und bis zu 100% aller weiblich gelesenen Personen betreffen könnte.

Seit Jahren nehmen die Fälle von häuslicher Gewalt auch in Nordrhein-Westfalen zu. Im Jahr 2022 wurden im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt in NRW rund 58.6000 Fälle polizeilich bekannt – 9,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt in NRW ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Prozent gestiegen. Waren es im Jahr noch 58.628 Betroffene, stieg die Zahl im Jahr 2022 auf 63.853. 72 Prozent der Opfer waren dabei weiblich.

Die Rückkehr tradierter Geschlechterrollen durch den Rechtsruck, Angst vor Krieg und die stetig steigenden Lebenshaltungskosten erhöhen das Konfliktpotential zusätzlich.

Dazu erleben wir aktuell in Deutschland und in NRW massive Auswirkungen der Kürzungspolitik der Bundesregierung und auch der Landesregierung in den sozialen Bereichen. Die finanzielle Lage der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser in NRW ist absolut desolat, statt mehr Hilfe und Unterstützung ist die Ausstattung schlechter geworden unter der aktuellen Regierung von CDU und Grünen, ein Blick auf die Belegung der Frauenhausplätze zeigt, dass es nur eine marginale Zahl an freien Plätzen in kleineren Orten gibt, der Großteil ist ständig belegt.

Seit der Istanbul Konvention 2011 gibt es einen Rechtsanspruch auf Hilfe. Dieser bleibt jedoch ohne ausreichende Finanzierung der dafür notwendigen Angebote, also eine Worthülse. Die Landesregierung ist hier in der Pflicht.

Wir LINKEN rufen unsere Mitglieder auf, sich am 25.11.2024 an Aktionen vor Ort zu beteiligen und damit öffentlich zu zeigen, dass wir mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

Eine soziale Politik für die Rechte aller Menschen und gegen Gewalt gegen Menschen ist nur mit einer starken LINKEN möglich - zeigen wir Flagge.